

Schlecht gerüstet für die Zinswende

Der Dachverband der Schweizer Stiftungen warnt vor hohen Anlagerisiken

Von Patrick Griesser

Basel. Die Schweizer Stiftungslandschaft blüht: 13 050 gemeinnützige Stiftungen unterstützten, halfen und förderten Menschen und Anliegen im vergangenen Jahr in der Schweiz. Die Zahl der Stiftungen nahm leicht zu. Das Stiftungsvermögen wird auf rund 70 Milliarden Franken geschätzt. Doch in der momentanen Niedrigzinsphase ist es schwierig, eine akzeptable Rendite mit dem Stiftungsvermögen zu erwirtschaften. Manche Stiftungen sitzen sprichwörtlich auf dem Trockenen. Die Gefahr lauert aber nicht nur in der derzeitigen Situation, sondern auch in zukünftigen Erhöhungen der Zinsen durch die Zentralbanken, wie Christoph Degen, Geschäftsführer des Dachverbandes gemeinnütziger Stiftungen in der Schweiz proFonds, warnt.

Die Stiftungen laufen laut Degen Gefahr, massive Kursverluste auf bestehende Anleihen in ihren Depots zu schreiben. «Viele Stiftungen setzen in einem viel zu starken Mass auf Anleihen», sagt Degen. Motivation der Stiftungsräte sei es, eine vermeintlich sichere Anlageform zu wählen, die mit dem garantierten Zins verlässliche Erträge sichere. Diese Überlegungen entsprechen nicht mehr der Realität an den Finanzmärkten. Dass die anhaltende Niedrigzinsphase die Stiftungen vor Probleme stellt, hatte auch das Centre for Philanthropy Studies (Ceps) in Basel bereits im Jahr 2013 festgestellt. Schon damals erklärte Professor Georg von Schnurbein vom Ceps, dass viele Stiftungen ihre Reserven aufgebraucht hätten.

Hohe Verluste mit Anleihen

Inzwischen ist ein erster Zinsschritt in den USA denkbar und neue Anleihen könnten alsbald entsprechend bessere Renditen abwerfen: Zwar haben die Verantwortlichen der US-Notenbank Fed vergangene Woche die Zinsen vorerst auf dem tiefen Niveau belassen, doch die Zeichen verdichten sich, dass der Zinsschritt in den kommenden Monaten erfolgen dürfte. Dieser dürfte unangenehme Folgen für die Stiftungen haben, wie proFonds-Geschäftsführer Christoph Degen sagt: «Mit einem Zinsschritt sinkt auch der Wert vieler Anleihen. Das wird viele Stiftungen vor Probleme stellen.»

Degen erwartet von einer Zinserhöhung in den Vereinigten Staaten eine Signalwirkung auch für das Zinsniveau



Die falschen Waffen. Stiftungen (hier die Stiftung Vindonissa) haben ihr Geld vor allem in Anleihen investiert. Foto Keystone

in Europa. Das Zinsänderungsrisiko würde somit auch die Anleihen in Europa unter Druck setzen.

Stiftungen, die in diesen Werten ihr Geld angelegt haben, könnten sich in dem Fall nur von solchen Papieren trennen, wenn sie hohe Verluste in Kauf nehmen. Andernfalls seien sie von einem anziehenden Zinsmarkt abgeschnitten und müssten in den niedriger verzinsten Papieren bis zum Ende von deren Laufzeit ausharren. Problematisch daran ist: Die Stiftungsräte sind dazu verpflichtet, mit dem anvertrauten Vermögen sorgsam umzugehen, wie Degen betont. Diversifikation sei deshalb eine Grundvoraussetzung für die Anlagen von Stiftungen.

Degen rät zu einer professionellen Beratung und dazu, die Scheu vor Sachwerten wie dividendenstarken Aktien abzulegen. Angesichts eines Anlagehorizonts, der je nach Stiftungszweck und Vermögen oftmals sehr langfristig angelegt sei, spielten kurzfristige Börsenschwankungen eine untergeordnete Rolle. Degen appelliert jedoch auch an die Finanzinstitute: «Die Ban-

ken müssen die Bedürfnisse der Stiftungen kennen und entsprechende Angebote machen.» Oftmals böten Banken eine individuelle Beratung für Stiftungen erst ab einem Vermögen von drei bis fünf Millionen Franken. Allerdings bewegen sich nach Schätzungen von Degen bis zu 80 Prozent der Stiftungen hierzulande unter diesem Wert. «Viele Banken haben die Stiftungen noch nicht als Kunden erkannt», sagt Degen.

Anpassung des Stiftungsrechts

Die Stiftungslandschaft der Schweiz steht noch in weiteren Punkten vor Veränderungen: Bereits am Dienstag hat die Rechtskommission des Ständerats über die parlamentarische Initiative des Berner Ständerats Werner Luginbühl (BDP) in einer Vorprüfung Folge gegeben. Die Initiative sieht unter anderem die regelmässige Veröffentlichung von Daten zu den steuerbefreiten gemeinnützigen Organisationen durch das Bundesamt für Statistik vor. Zudem soll das Stiftungsrecht gezielt angepasst werden sowie die steuerlichen Rahmenbedingungen sollen weiter verbessert werden. Zwei zentrale

Punkte sind die geforderte Vereinfachung von Änderungen der Stiftungsurkunden sowie die Haftung ehrenamtlicher Stiftungsräte, die eingeschränkt werden soll. Der Vorstoss zielt dabei auf den Tatbestand der leichten Fahrlässigkeit, der momentan dazu führe, dass Stiftungsräte auch dann mit ihrem ganzen privaten Vermögen haften, wenn ihnen keine schweren Verfehlungen vorzuwerfen seien. Eine Konstellation mit abschreckender Wirkung, wie Degen sagt: Bei der Suche nach Stiftungsräten helfe solch eine gesetzliche Regelung nicht.

Die Initiative hat zudem noch eine weitere Stossrichtung: Durch sie soll Rechtssicherheit hergestellt werden, da viele Stiftungsrats- oder Vorstandsmitglieder der Meinung seien, sie würden für leichte Fahrlässigkeit nicht haften, wie Degen aus seiner Erfahrung als Verbandsgeschäftsführer weiss.

Der Dachverband gemeinnütziger Stiftungen proFonds veranstaltet zum heutigen Stiftungstag 2015 in Zürich eine Tagung zum Thema «Anders denken, anders handeln: Trends und Entwicklungen bei Stiftungen und NPO».

Glencore reduziert

Schulden und Produktion tiefer

Baar. Der Rohstoffkonzern Glencore hat in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres weniger Kupfer, Nickel und Kohle gefördert. Dafür stieg die Produktion von Öl, Zink und Ferrochrom, das vor allem zur Herstellung von rostfreiem Stahl verwendet wird.

Wegen der tiefen Rohstoffpreise will Glencore künftig weniger Kupfer, Zink und Öl produzieren. Dadurch soll der Wert der Rohstoffe erhalten werden, bis die Preise wieder höher sind. Die tiefen Preise machen Glencore zu schaffen. Ebenso die hohe Verschuldung von bisher fast 30 Milliarden Dollar. Beide Faktoren beunruhigten die Börse.

Genügend Liquidität

Die Anleger bezweifelten, ob Glencore bei den tieferen Rohstoffpreisen – und tieferen Einnahmen – die Schulden noch bedienen kann. Die Aktie machte deshalb eine Achterbahnfahrt.

Glencore bemühte sich um Schadensbegrenzung. Man sei genügend liquide, teilte das Unternehmen Ende September mit. Glencore will nun Schulden abbauen. Bis Ende 2016 will der Konzern gemessen in Milliarden Dollar in den tiefen 20er-Bereich. Bis Ende 2015 sollen die Verbindlichkeiten bis auf rund 25 Milliarden Dollar reduziert werden. SDA

VW gab Verbrauch zu tief an

Der Abgas-Skandal von Volkswagen betrifft auch CO₂-Werte und Benziner

Wolfsburg. Der Abgas-Skandal im VW-Konzern erreicht eine neue Dimension. Volkswagen musste gestern nun auch Unregelmässigkeiten bei CO₂-Werten einräumen. Erstmals sind auch Benziner und nicht nur Dieselfahrzeuge betroffen. Es geht dabei um den Ausstoss des klimaschädlichen Kohlendioxids (CO₂) – und damit um den Spritverbrauch. «Nach derzeitigem Erkenntnisstand können davon rund 800 000 Fahrzeuge des Volkswagen-Konzerns betroffen sein», heisst es in einer Mitteilung vom Dienstagabend in Wolfsburg.

«Die wirtschaftlichen Risiken werden in einer ersten Schätzung auf rund zwei Milliarden Euro beziffert.» Damit hat Europas grösster Autokonzern in der Abgasaffäre eine neue milliarden-schwere Baustelle.

Auch Skoda und Seat

Im Rahmen der derzeit laufenden Überprüfungen aller Prozesse und Abläufe bei Dieselmotoren ist laut VW aufgefallen, dass bei der CO₂-Zertifizierung einiger Fahrzeugmodelle zu niedrige CO₂- und damit auch Verbrauchsangaben festgelegt wurden. Betroffen seien ganz überwiegend Fahrzeuge mit Dieselmotoren. Es gehe um Autos der Typen Polo, Golf und Passat, sagte ein VW-Sprecher auf Anfrage. Bei der VW-

Tochter Audi seien A1- und A3-Modelle betroffen. Bei Skoda gehe es um den Octavia und bei Seat um den Leon und den Ibiza. Auch bei einem Benzinmotor mit Zylinderabschaltung habe es Auffälligkeiten gegeben, sagte der Sprecher.

Es handle sich dabei aber um eine geringe Stückzahl. Bei den Dieselmotoren seien 1,4-, 1,6- und 2,0-Liter-Varianten betroffen. Alle Aggregate stammten einem Sprecher zufolge aus dem Wolfsburger Stammhaus von VW. Ob auch Fahrzeuge in der Schweiz betroffen sind, sei noch unklar, teilte die Amag Automobil und Motoren AG am Dienstagabend mit.

Kohlendioxid ist zwar unschädlich für den Menschen, aber zugleich das bedeutendste Treibhausgas und wesentlich für die menschengemachte Erderwärmung verantwortlich. Die CO₂-Grenzwerte sind in der EU in den vergangenen Jahren verschärft worden. «Der Vorstand der Volkswagen AG bedauert zutiefst den festgestellten Sachverhalt», hiess es.

VW-Chef Matthias Müller versprach erneut eine «schonungslose» Aufklärung. «Dabei machen wir vor nichts und niemandem halt. Das ist ein schmerzhafter Prozess, aber er ist für uns ohne Alternative.» Dies sei die Voraussetzung für die grundlegende Neuausrichtung des Konzerns. VW wolle nach Abspra-

che mit den zuständigen Behörden schnellstmöglich eine Klärung der weiteren Vorgehensweise sowie eine korrekte Einstufung der CO₂-Werte bei den betroffenen Fahrzeugen vornehmen.

Und der Porsche Cayenne

Erst am Montag hatte die US-Umweltbehörde (EPA) neue schwere Vorwürfe gegen VW erhoben – dabei geht es um Stickoxid-Werte. Die EPA beschuldigt VW, bei weiteren Dieselmotoren eine Manipulations-Software eingesetzt zu haben. Volkswagen hält dagegen, kein Programm installiert zu haben, «um die Abgaswerte in unzulässiger Weise zu verändern».

Nach den neuen EPA-Vorwürfen wären auch Porsche-Fahrzeuge und jüngere Modellreihen betroffen. Wie die US-Behörde am Montagabend mitgeteilt hatte, wurden in bestimmten Dieselmotoren der Marken VW, Audi und Porsche Drei-Liter-Dieselmotoren verbaut, die bei Stickoxid-Emissionen die in den USA erlaubten Grenzwerte um das bis zu Neunfache übertrügen. Porsche setzt als Konsequenz aus den Vorwürfen den Verkauf von Dieselmotoren des Geländewagens Cayenne in Nordamerika aus. Die Massnahme geschieht laut Porsche-Angaben von gestern freiwillig. Betroffen sind Wagen der Modelljahre 2014 bis 2016. SDA

Milliarden für Stromerzeuger

Deutschland stellt Braunkohlewerke ab

Berlin. Die deutsche Regierung hat das Aus für mehrere alte, besonders umweltschädliche Braunkohlekraftwerke beschlossen. Die betroffenen Konzerne erhalten als Entschädigung über sieben Jahre insgesamt 1,61 Milliarden Euro. Das Kabinett von Angela Merkel billigte gestern einen entsprechenden Gesetzentwurf von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Dieser sieht vor, für den Klimaschutz Braunkohlewerke von RWE, Vattenfall und Mibrag mit einer Gesamtleistung von 2,7 Gigawatt vier Jahre in einer Notreserve zu parken und dann schrittweise stillzulegen.

Die Entschädigung der Energiekonzerne wird über die Netzentgelte auf die Stromkunden umgelegt, was etwa 1,75 Euro pro Jahr entspricht. Anfang nächsten Jahres muss noch der Bundestag der Vorlage zustimmen. Ursprünglich hatte das Wirtschaftsministerium geplant, eine Abgabe für die ältesten Meiler zu erheben und sie so aus dem Markt zu drängen.

Umstrittene Abgabe

Die Abgabe war aber am Widerstand der Konzerne und Gewerkschaften gescheitert, die vor einem Verlust Tausender Arbeitsplätze gewarnt hatten. Auch die Union hatte sich gegen die Abgabe gewandt. Zudem ist unklar, ob dies überhaupt funktioniert hätte. Braunkohle ist die mit Abstand billigste Art der Stromerzeugung in Deutschland. Der Preisvorteil ist so gross, dass einige Kraftwerksbetreiber die Abgabe bereits provisorisch in ihren Strompreis eingerechnet haben.

Deutschland will seinen CO₂-Ausstoss bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 reduzieren. Trotz dem Ausbau des Ökostroms produzierten die Braunkohlewerke wegen des niedrigen Kohlepreises vor allem für den Stromexport, sodass die Braunkohleanlagen mit dem hohen CO₂-Ausstoss das Klimaziel gefährdeten. Gleichzeitig werden hochmoderne, klimaschonende Gaskraftwerke vom Netz genommen, weil sie nicht rentieren.

Dritte Reserve

Da Strom aus Wind und Sonne nicht zu jeder Zeit zur Verfügung steht, gilt eine Reserve aus fossilen Kraftwerken für Extremphasen auf dem Strommarkt als nötig. Allerdings ist die Braunkohlereserve damit schon die dritte: Es existiert bereits eine Netzreserve für Zonen etwa in Süddeutschland, wo es zu Leistungsgaps kommen könnte.

Zudem finanzieren die Stromkunden schon eine allgemeine Kapazitätsreserve. Neben der Regelung für die Kohlekraft brachte die Regierung Merkel auch ein Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende auf den Weg. Die Konsumenten sollen durch den Einbau intelligenter Stromzähler langfristig Geld sparen. SDA

ANZEIGE

ZENO-WATCH BASEL
Unabhängige Uhrenfabrikation Seit 1922

Au Bijou
UHREN-BIJOUTERIE BASEL
www.aubijoubasel.ch